

**Rom wurde auch nicht an einem Tag erbaut –
Zur Zukunft demokratischer Beteiligung in den ländlichen Räumen Europas**

Die Bedeutung von Bürgerbeteiligung in den ländlichen Räumen Europas

Die Erkenntnis, dass Landleben auch für die Demokratie eine Rolle spielt, ist nicht neu. Es ist erstaunlich, wie weit sie sich zurückverfolgen lässt: Schon im 4. Jahrhundert vor Christus wies Aristoteles auf die Bedeutung der ländlichen Räume für eine starke Demokratie hin. Eine solche könne nach seiner Auffassung nur in einem Staat errichtet werden, der über ein ausgedehntes agrarisch nutzbares Hinterland und eine relativ zahlreiche Landbevölkerung verfüge (Politik, 1319a 19-38).

Immerhin knapp 300 Millionen Menschen leben in den ländlichen Räumen Europas. Von ihren Erzeugnissen und öffentlichen Gütern profitiert die gesamte EU. Die Herausforderungen sind heute allerdings so groß wie nie zuvor: der demographische Wandel, der Erhalt der familiengeführten bäuerlichen Landwirtschaft und der davon betroffenen Kulturlandschaften sind abhängig davon, ob die Politik den richtigen Weg einschlägt. Auch der Erfolg der Energiewende, der nachhaltige Umgang natürlicher Ressourcen und die Gewährleistung der Mobilität sind auf eine Sicherung durch die Politik angewiesen.

Gute Ansätze, damit hier die Bürger vor Ort möglichst selbstbestimmt und durch eigene Kraft ihre Region weiterentwickeln können, sind freilich vorhanden. Die EU hat sich aber auch über viele Jahrzehnte von Reform zu Reform fortentwickelt und sich dabei in teils unübersichtliche Strukturen festgefahren, die für sich genommen schon demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten in den ländlichen Räumen Europas abträglich sind. Die mangelnde Transparenz und die so entstehende Unkenntnis der Bürger vor Ort über Förderangebote der EU sind ebenso ein Resultat daraus, wie eine fehlende europäische Gesamtstrategie für den ländlichen Raum. Lassen Sie mich im Folgenden die durchaus auch positive Ausgangssituation skizzieren, einige sehr kritische Anmerkungen machen und unsere politische Vorstellung als FREIE WÄHLER darlegen.

Der Beitrag Europas zur Demokratiestärkung in ländlichen Räumen

Europäische Initiativen, die die Zivilgesellschaft animieren, sich in das Gemeinwesen einzubringen und so die Demokratie vor Ort zu stärken, sind vielfältig: Von lang angelegter Förderpolitik über die

bestehenden Fonds und zentral gesteuerte Aktionsprogramme zur Unterstützung von Einzelprojekten reicht die Palette. Auch kurzfristige Pläne sind darunter, um auf aktuelle politische Herausforderungen zu reagieren. Ich denke da beispielsweise an den Plan zur Bekämpfung von Extremismus aus dem vergangenen Jahr. Für die Bedeutung der Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung der ländlichen Räume möchte ich mich an dieser Stelle auf drei Beispiele beschränken, um darzulegen, welche Potenziale Europa für unsere ländlichen Regionen hat.

Der LEADER-Ansatz

Die mitunter größte Innovation der Europäischen Union zur Entwicklung der ländlichen Räume geht auf das Jahr 1991 zurück, die sich bis heute positiv fortentwickelt hat: Mit dem Förderprogramm LEADER hat sie durchaus einen Maßstab gesetzt, wie Bürgerbeteiligung vor Ort in den ländlichen Regionen funktionieren kann – gerade auch mit dem Ziel einer eigenständigen dezentralen Gestaltung vor Ort: Lokale Aktionsgruppen (LAG) gründen sich, häufig an den Grenzen der Landkreise orientiert. Ländliche Regionen beginnen, sich zu vernetzen, für sich individuelle und damit für ihre Bedürfnisse passgenaue Strategien zu entwickeln.

Europa stellt in einem weiten Rahmen Mittel bereit, in Deutschland sind wiederum die einzelnen Bundesländer Ansprechpartner und Koordinatoren. Themen im Bereich Soziales, Kultur, Wirtschaft und Umwelt greifen daraufhin Vertreter vor Ort auf und entwickeln im Rahmen der LAG ihre eigenen maßgeschneiderten, politischen Antworten. Vertreter aus Politik, der Verwaltung, der Wirtschafts- und Sozialpartner und weitere Repräsentanten der örtlichen Zivilgesellschaft haben die Entscheidungsgewalt. Auf Ebene der Mitgliedstaaten sind alle Beteiligten wiederum in nationalen Netzwerken für ländliche Räume (NRNs) organisiert, um die an der Entwicklung beteiligten Akteure zusammenzubringen und die Umsetzung der EU-Politik in diesem Bereich zu unterstützen. Ziel ist auch der Austausch von „best practice“-Maßnahmen über diese Plattform, etwa durch Ausschreibung jährlicher Wettbewerbe.

Grenzübergreifende Problemlösung mit dem Nachbarn

Ein Europa ohne Grenzen bietet den Menschen in den strukturschwachen ländlichen Regionen auch ganz neue Perspektiven und Möglichkeiten, ihre Probleme vor Ort gemeinsam mit den europäischen Nachbarn zu lösen. Ein aktuelles Beispiel aus der bayerisch-tschechischen Grenzregion zeigt, wie dies aussehen kann:

Dort kämpft die Grenzgemeinde Bayerisch Eisenstein gegen den demographischen Wandel an und versucht mühevoll, wenigstens den Kindergarten vor Ort halten zu können, nachdem die Schule bereits schließen musste. Gleichzeitig möchte sie etwas an dem Zustand ändern, die Schüler in das relativ weit entfernte Zwiesel schicken zu müssen, wo doch die benachbarte tschechische Schule in Železná Ruda viel näher liegt. Da die tschechische Grenzstadt mit ähnlichen Problemen zu kämpfen hat, wollen beide Seiten eine gemeinsame Lösung: Tschechische Kinder sollen den deutschen Kindergarten besuchen, während hingegen deutsche Kinder auf tschechischer Seite unterrichtet werden sollen. Die Bürger vor Ort könnten mit Hilfe einer europäischen Förderung die bestehenden

Einrichtungen erhalten. Organisatorische sowie schulrechtliche Fragen gilt es dabei gegenwärtig noch zu klären. Die Europäische Union schafft hier überhaupt erst derartige Möglichkeitsräume, die nicht zu unterschätzen und aus meiner Sicht nicht wegzudenken sind, wenn wir die Herausforderung des demographischen Wandels in den Griff bekommen wollen.

Europa als Konflikt-Manager der Bürger

Seit 2009 verfolgt die Europäische Union das Ziel, mit sogenannten makroregionalen Strategien gemeinsame strategische Konzepte mit Regionen zu erarbeiten, die genügend gemeinsame Themen und Beziehungen aufweisen. Die erste Makroregion wurde damals der Ostseeraum, gefolgt vom Donaauraum (2010), dem Alpenraum und den adriatischen und ionischen Ländern (beide 2014). Die Idee, die dahinter steckt, ist folgende: Mag es schon zwischen den betroffenen Nationalstaaten Kooperationen geben, so waren diese immer Einschränkungen entlang der politischen Ebenen und der nationalen Grenzen ausgesetzt: Politiker und Interessengruppen hatten in der Regel konkurrierende Zielvorstellungen, so dass die zu erwartenden Ergebnisse entsprechend ungewiss waren. Die EU hat nunmehr die Aufgabe, genau diese Gegensätze aufzuheben. Dies geschieht, indem sie eine gemeinsame Strategie mit gemeinsamen Zielen entwickelt, um die Zusammenarbeit im Sinne der Bürger vor Ort zu optimieren. Die Makrostrategien dienen nicht unbedingt alleine den ländlichen Räumen. Doch angesichts des bisherigen Zuschnitts mit Zielen wie ökologische Nachhaltigkeit, Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, nachhaltiger Energien, Kultur und Tourismus sowie einer Verbesserung der Mobilität profitieren sie hiervon besonders. Makroregionen und ihre Gestaltung liegen nicht alleine in den Händen der Mitgliedstaaten. Die regionale Ebene, wie bei uns die Bundesländer, aber auch die Kommunen und die zivilgesellschaftlichen Akteure finden sich hier als gleichberechtigte Gestalter vor. Wir FREIEN WÄHLER begrüßen diese neuen Arrangements ausdrücklich, weil sie verhindern, dass zentral von einer übergeordneten Ebene im Alleingang Entscheidungen getroffen werden. Wir erreichen dadurch vielmehr gute politische Lösungen, die im Einklang aller politischen Ebenen der betroffenen europäischen Regionen gefunden werden.

Festgefahrene Strukturen

Zur Erreichung des Ziels des „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts“ gibt es eine Vielzahl regionalpolitischer Maßnahmen, die nicht nur, aber besonders auf die Entwicklung der ländlichen Räume abzielen. War noch zu Beginn in den 1950er Jahre der Europäische Sozialfonds (ESF) die zentrale Institution, die vor allem den strukturschwachen süditalienischen Raum unterstützen sollte, haben wir heute ein dichtes Geflecht zahlreicher Fonds, Aktionsprogramme, Fazilitäten und überregionale Strategien, die historisch Schritt für Schritt entstanden und gewachsen sind. Mit jeder neuen Förderperiode wurden sie immer nur miteinander (neu) vernetzt und nicht grundlegend reformiert. Es entstanden neue Sinnhaftigkeiten untereinander und der Kritik eines „Gießkannenprinzips“ bei der Mittelverteilung wurde durch kleinere Korrekturen entgegengetreten.

Zählten beispielsweise noch in der siebenjährigen Förderperiode zwischen 2007 und 2013 der ESF, der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Kohäsionsfonds (KF) zu der Gruppe der sogenannten „Strukturfonds“, sprechen wir im neuen Zeitraum von 2014 bis 2020 von den sogenannten „Europäischen Struktur- und Investitionsfonds“ (ESI-Fonds): Zu ESF, EFRE und KF gesellen sich unter diesem neuen Namen noch der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) und der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF). Diese sind zudem noch an die darüber schwebende EU-Wachstumsstrategie „Europa 2020“ gekoppelt, die höchstens mittelbar auf die Belange der ländlichen Räume zugeschnitten ist. Folglich gibt es unter diesen Voraussetzungen keine passgenauen europäischen Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieser Gebiete. Große Umstrukturierungen auch im Zusammenhang mit einer ernsthaften Stärkung der demokratischen Mitgestaltungs- und Beteiligungsmöglichkeiten erscheinen daher schwierig. Zu unterschiedlich sind die Interessen der 28 Mitgliedstaaten sowie der 751 Abgeordneten des Europaparlaments, um aus dem Stückwerk einen Maßanzug für den ländlichen Raum zu schneiden.

Die fehlende Transparenz und Bekanntheit europäischer Maßnahmen

Die Unterstützung der ländlichen Räume durch die EU ist für die Bürger aber auch für die politischen Vertreter vor Ort immer noch ein milchiger Schleier. Großstädte haben die Kapazitäten in ihrer Verwaltung, eine eigene EU-Abteilung zu unterhalten, um sich auf den Mittelabruf zu spezialisieren. Die kleine Gemeinde auf dem Land kann dies nicht. Regelmäßig wenden sich daher engagierte Bürger und kommunale Mandatsträger von Gemeinderäten bis hin zu Bürgermeistern nicht zuletzt an mich als Europaabgeordnete. Sie hoffen darauf, über uns als gewählte Parlamentarier an Informationen zu gelangen, die ihnen auf dem Weg zu einer Förderung durch die EU weiterhelfen können. Sicherlich gibt es mittlerweile auch sehr erfahrene Kommunen und Projektträger in ländlichen Gebieten, allerdings ist ein nicht unerheblicher Teil von ihnen derzeit noch sehr orientierungslos. Eine engagierte Informationskampagne der Europäischen Union, die beispielsweise alle kommunalen Gebietskörperschaften und Vereine in Europa einbezieht und ausführlich über die bestehenden Fördermöglichkeiten informiert, wäre wünschenswert.

Die fehlende Gesamtstrategie für ländliche Räume in Europa

Die Europäische Union baut auf einer teils unübersichtlichen Verflechtung politischer Strukturen auf, die sich oftmals nicht sinnvoll ergänzen. Im schlimmsten Fall stehen sie sogar im Widerspruch zueinander. Die EU-Kommission ist dabei schon in sich von bislang nicht aufgehobenen Gegensätzen geprägt; etwa wenn Politik für den ländlichen Raum mit Außenhandelspolitik kollidiert. Das aktuelle Beispiel TTIP führt dies vor Augen: Das geplante Freihandelsabkommen wird insbesondere mit den geplanten Handelserleichterungen für den Agrarsektor Auswirkungen auf die provinziellen Strukturen haben. Wie eine Studie des ifo-Instituts für das Europäische Parlament über die Risiken

und Chancen von TTIP für die Landwirtschaft prognostiziert, wird es insgesamt zu einem Rückgang der Wertschöpfung in Deutschland – und damit vorrangig in den ländlichen Regionen kommen. Eine Vertretung der betroffenen ländlichen Räume am Verhandlungstisch oder wenigstens in der hierfür eingerichteten Expertengruppe der EU-Kommission ist nicht angedacht. Ich fordere deshalb, wenigstens einen Vertreter des Ausschusses der Regionen, der auch für die Interessen des ländlichen Raums sprechen kann, in das Expertengremium zu entsenden.

Ein weiteres Beispiel: Das recht junge Finanzierungsinstrument „Connecting Europe“ dient der EU-Kommission unter anderem zur Finanzierung eines transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN): Die großen Straßen, Eisenbahnstrecken und Binnenwasserstraßen sollen aufgrund ihrer mitgliedstaatsübergreifenden Bedeutung künftig mithilfe der EU ausgebaut werden. Es geht dabei beispielsweise um die große „Magistrale für Europa“, eine Hochgeschwindigkeitsachse zwischen Paris und Budapest, die auch durch Deutschland verlaufen wird. Hier werden die Metropolen Europas bestens vernetzt, Transport- und Reisewege drastisch verkürzt. Allerdings sind keine flankierenden Maßnahmen angedacht, um die ländlichen Räume im gleichen Tempo mit diesen Metropolen als Knotenpunkte zu verbinden. Auf dem Land gerät man buchstäblich ins Hintertreffen. Eine Möglichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, wäre beispielsweise, bei politischen Maßnahmen immer eine Folgenabschätzung für den ländlichen Raum durchzuführen, um frühzeitig gegensteuern zu können.

Fehlende Nachhaltigkeit bei der Entwicklung der ländlichen Räume

Ein nicht zu unterschätzendes Problem ist die mangelnde Nachhaltigkeit geförderter Projekte, insbesondere im Rahmen der EU-Aktionsprogramme: Hier werden einzelne Vorhaben, beispielsweise in Bereichen wie Umwelt, Kultur und Bildung nur zeitlich begrenzt gefördert. Wenn solche Projekte mit dem Engagement der Bürger vor Ort auch den gewünschten Erfolg gebracht haben sollten, so gibt es keine Aussicht auf eine Weiterfinanzierung durch die EU. Die Folge ist, wie etwa das niedersächsische Beispiel der „Cuxhavener Küstenheiden“ zeigt, dass Träger vor Ort einspringen müssen, um die entstehenden Finanzierungslücken zu schließen. Im konkreten Fall war dies allen voran die Stadt Cuxhaven, die das Projekt zur Pflege und Entwicklung der Natur im Küstenbereich mit weiteren Trägern fortführte. Gerade in den ländlichen Regionen ist aber die finanzielle Situation der Kommunen oftmals derart prekär, dass solche Fortführungen am Finanziellen scheitern können. Auch hier bedarf es einer ganzheitlichen Strategie zwischen EU, Bund und Ländern, um einen Rahmen für Anschlussfinanzierungen erfolgreicher Projekte zu finden, der kurzzeitige Erfolge nicht abrupt abbrechen lässt.

Die Potenziale der EU für demokratiestarke, ländliche Räume sind reichlich vorhanden, Baustellen gibt es aber nach 57 Jahren Römische Verträge immer noch mehr als genug. So wie Rom nicht an einem Tag erbaut wurde, wird auch Europa noch seine Zeit brauchen, bis alle Strukturen wie Zahnräder ineinandergreifen. Mein Ziel ist es, weiter daran mitzuwirken, Europa so

weiterzuentwickeln, dass die Bürger vor Ort den europäischen Mehrwert für sich maximieren können.

Autorin

Ulrike Müller ist Mitglied des Europaparlaments. 2014 wurde die Landwirtin, die für die FREIEN WÄHLER antrat, erstmals in das EU-Parlament gewählt. Dort hat sie sich der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten (ALDE) angeschlossen, der viertgrößten Fraktion. Ulrike Müller gehört als Mitglied dem Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie dem Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit als Stellvertreterin an. Seit 2008 war Ulrike Müller, die in Missen-Wilhams (Landkreis Oberallgäu) beheimatet ist, für die FREIEN WÄHLER im Bayerischen Landtag vertreten. Dort war sie seit 2013 stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Parteiintern stellt sie als stellvertretende Landesvorsitzende der FREIEN WÄHLER in Bayern und als beratendes Mitglied des Bundesvorstands der FREIEN WÄHLER die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in den deutschen Parlamenten sicher.

Kontakt: ulrike.mueller@europarl.europa.eu

Weitere Informationen:

http://www.europarl.europa.eu/meps/de/124862/ULRIKE_MULLER_home.html

Redaktion:

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundenetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 4

europa-bbe(at)b-b-e.de

www.b-b-e.de